

<b>SPD-Fraktion</b> ( Antrag Nr. 15-0385/2015 )
--

Eingereicht am 17.02.2015 um 07:52 Uhr.

---

**Änderungsantrag zu DS 15-0023/2015: Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 603,  
1.Änderung - Bredero Hochhaus: bezahlbares Wohnen im Bredero Hochhaus**

**Antrag**

Der Bezirksrat möge beschließen:

Der o.a. Drucksache wird mit der Maßgabe folgender Änderung zugestimmt:

1. bei der Aufstellung des Bebauungsplanes und der Anfertigung des Durchführungsvertrages wird mit dem Investor Kontakt mit dem Ziel aufgenommen, dass ein angemessener Anteil der Wohneinheiten in den 11 Zwischenebenen als Mietwohnungen zu Netto-Kaltmieten auf dem Niveau der Eingangsmiete des öffentlich geförderten Wohnungsbaus angeboten werden;
  
2. bei der Aufstellung des Bebauungsplanes und der Anfertigung des Durchführungsvertrages wird darauf hingewirkt, dass eine dem hohen Bedarf entsprechende Anzahl der geplanten Wohneinheiten familienfreundlich mit 3-5 Zimmer ausgestattet werden;
  
3. im Rahmen des Durchführungsvertrages wird mit dem Investor vereinbart, eine Kinderbetreuungseinrichtung am Standort oder in Standortnähe auf den Weg zu bringen.

**Begründung**

Eine sozial ausgeglichene gesunde und integrative Stadtentwicklung setzt nicht nur voraus, dass Menschen von unterschiedlicher sozialer Herkunft und mit einem unterschiedlichen sozialen Hintergrund innerhalb der Stadtteile miteinander leben, sich austauschen und miteinander auskommen, sondern auch, dass nach Möglichkeit innerhalb von Wohngebäuden eine entsprechende gesellschaftliche Bandbreite vertreten ist. Auch im Bereich des Bredero- Hochhauses gehören Investition und Verantwortung zusammen.

Dass die Investoren die Schaffung von ausschließlich hochwertigen großen Wohneinheiten vorsehen, liegt in deren nachvollziehbaren wirtschaftlichen Interesse.

Das öffentliche Interesse im Sinne einer zukunftsweisenden Stadtentwicklung in sozialem Frieden ist jedoch höher zu gewichten als das Renditeinteresse der Investoren. Von daher sind 20 % der Wohneinheiten zu bezahlbaren Preisen anzubieten, ferner ist die soziale Infrastruktur zu gewährleisten.

18.62.01  
Hannover / 17.02.2015